

Tagesordnung I Punkt 19 der öffentlichen Sitzung am 09. Februar 2012

Antrags-Nr. 12-F-03-0019

Erhalt preiswerten Wohnraums in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2012 -

Der Presse der vergangenen Tage war zu entnehmen, dass das Land seinen Anteil an der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH beabsichtigt zu veräußern. Wiesbaden ist mit 7,3 % an der Nassauischen Heimstätte beteiligt. In Wiesbaden besitzt die Nassauische Heimstätte ca. 5750 Wohnungen. Diese Wohnungen werden überwiegend zu einem Mietpreis angeboten (Ø 5,20 €/m²), welcher deutlich unterhalb der Durchschnittsmiete für Wiesbaden liegt. Etwa die Hälfte der Wohnungen sind sozial gebundene Wohnungen.

Viele Wiesbadener Haushalte sind auf solch preisgünstige Wohnungen angewiesen. Die Mieten auf dem freien Markt sind in Wiesbaden bekanntermaßen schwindelerregend hoch. Angesichts dieser Situation kommt kommunaler Wohnungspolitik eine zentrale Bedeutung zu. Der langfristige Erhalt der günstigen Mietwohnungen der Nassauischen Heimstätte in Wiesbaden muss vor dem Hintergrund der Verkaufsabsichten der Landesregierung gesichert werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Umgehend mit der Landesregierung Gespräche zu führen, mit dem Ziel, dass diese vom Verkauf der Landesanteile an der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Abstand nimmt.
2. Sofern die Landesregierung weiterhin beabsichtigt ihre Anteile zu veräußern, Gespräche mit dieser und der Nassauischen Heimstätte zu führen, mit dem Ziel, die in Wiesbaden gelegenen Wohnungen zu erwerben oder die Wohnungen in anderer Weise als günstigen Wohnraum für Wiesbaden zu sichern, z.B. durch entsprechende Einflussnahme in der Gesellschaft.
3. Die Stadtverordnetenversammlung über die o.g. Gespräche zu informieren.

Beschluss Nr. 0085

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.02.2012 betr.

Erhaltung preiswerten Wohnraums in Wiesbaden

hat durch die Annahme des gemeinsamen Antrages der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 03.02.2012 betr. NH-Wohnungen sichern seine Erledigung gefunden. (siehe dazu 12-F-33-0021).

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .02.2012

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister